

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 18. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 24. März 2010
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 19.40 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Armin Bieri, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Rico Canonica
Nedim Ulusoy
Florian Spiegel

Verspätet: Jérôme Mollat (anwesend 18.15 Uhr)

Abwesend: Peter von Arx

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24
18.15 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes der **Vormundschaftsbehörde**
anstelle des zurückgetretenen Michel Mamie, SVP, (**Sitz steht CVP-Fraktion zu**)
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012) Geschäft 3930
2. Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2009 sowie Bericht der VPK und der
Umweltkommission betreffend **Revision Landschaftsplanung**
„Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) Allschwil

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3893 / A

3. Postulat von Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, vom 09.12.2009 betreffend
energieeffiziente Strassenbeleuchtung
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3910
4. Postulat von Josua M. Studer vom 14.12.2009 betreffend
Abgabe von Allschwiler-Lampions an der 1. Augustfeier
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt
5. Verfahrenspostulat von Cedric Roos, SVP, Kathrin Gürtler, FDP, betreffend
„kommunale Gewaltentrennung“
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro Einwohnerrat Geschäft 3931

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 18 vom 24.03.2010

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Armin Bieri

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Armin Bieri, Präsident: Geschätzte Anwesende, ich eröffne die heutige Sitzung.

[Entschuldigungen/Präsenz: siehe Protokolleingang]

Armin Bieri, Präsident: Wir kommen zu den **Mitteilungen** des Präsidenten: Zum Ablauf der heutigen Sitzung. Wir haben eine sehr kurze Traktandenliste, darum gibt es keine Pause und folgedessen auch keine Verpflegung. Pech für uns. Das Infenster wäre nach der Pause. Gemeinderat Pfaff informiert am Schluss der Sitzung. Es sind keine dringlichen Interpellationen und Postulate eingegangen. Wir haben auch sonst keine neuen Postulate. Wir kommen zur Traktandenliste, sie wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es vom Rat her Änderungsanträge für die Traktandenliste? – Herr Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich bestreite die Traktandenliste, hier meine Ausführungen. Es betrifft das Traktandum 5. Diesbezüglich habe ich das Einwohnerbüro und die Fraktionschefs kontaktiert. Für mich ist es unverständlich, dass sich das Büro erlaubt, einen Vorstoss auf die Traktandenliste zu setzen, bevor dieser verlesen ist. Würde es sich um eine dringliche Angelegenheit handeln, welche umgehend abgehandelt werden sollte, könnte man Verständnis dafür aufbringen. Dafür wünschte ich mir, dass das komplette Büro, also alle fünf Personen, einen solchen Vorstoss unterschreiben würden. Lediglich zwei Personen haben dies unterzeichnet. Die geforderte Geschäftsordnungsänderung betrifft eine Angelegenheit, die im Kanton zulässig ist, bei uns aber keinen Einfluss haben sollte, ausser man möchte gegen die SP respektive gegen Jean-Jacques Winter schießen. Das ist keine anständige Politik. Ich wünsche mir, dass die Postulanten das Postulat zurückziehen. Wenn dem nicht so ist, dann beantrage ich das Traktandum 5 zu streichen.

Armin Bieri, Präsident: Frau Studer.

Susanne Studer, parteilos: Geschätzter Präsident, werte Anwesende. Ich unterstütze den Antrag von Josua Studer. Wir haben ein Geschäftsreglement, Paragraph 45. Andreas Bammatter hätte ansonsten letzten Oktober sein Verfahrenspostulat auch direkt auf die Traktandenliste setzen lassen können. Ich bitte Sie, auch wenn wir wenig Geschäfte haben, das Traktandum 5 abzusetzen und dass die Postulanten das Postulat gemäss §45 einreichen.

Armin Bieri, Präsident: Gibt es weitere Einwände? – Die Frage geht an die Postulanten.

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Josua Studer, Sie haben eine Mail an den Präsidenten und die Fraktionspräsidenten geschickt und die Antwort bekommen. Der Präsident des Einwohnerrates sagte, dass es rechtmässig sei. Hätten Sie das Reglement gelesen, in Paragraph 90.1 steht, dass für die Auslegung des Reglements der Präsident zuständig ist.

Armin Bieri, Präsident: Es gibt keine weiteren Anträge. Wir kommen zur Abstimmung, es reicht das einfache Mehr.

://:

Der Antrag Josua Studer wird mit 18 zu 16 Stimmen abgelehnt. Der Antrag bleibt bei 0 Enthaltungen auf der Liste.

517 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes der Vormundschaftsbehörde anstelle des zurückgetretenen Michel Mamie, SVP, (Sitz steht CVP-Fraktion zu) für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2012), Geschäft 3930

Armin Bieri, Präsident: Die CVP hat einen Wahlvorschlag eingereicht: Frau Mathilde Oppliger. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall.

://:

Frau Oppliger ist in stiller Wahl gewählt.

518 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 24.09.2009 sowie Bericht der VPK und der Umweltkommission betreffend Revision Landschaftsplanung
„Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3893 / A

Armin Bieri, Präsident: Es gibt hier eine Besonderheit. Ich trete bei diesem Geschäft als Präsident zurück, weil ich als Präsident der Verkehrskommission auftrete. Ich werde den Bericht anstelle von Herrn Jürg Vogt, Präsident der VPK, vortragen, der für dieses Geschäft zurückgetreten ist, da er Einsprecher war und parteiisch. So haben wir in der VPK beschlossen, dass ich als Vize-Präsident der VPK dieses Geschäft übernehme und er als gewöhnliches Mitglied teilnahm. Darum trete ich hier als VPK-Präsident auf und Kathrin Gürtler und Cedric Roos werden durch das Geschäft führen. Ich gebe das Wort an Frau Kathrin Gürtler.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Beratung des Geschäfts. Ich gebe das Wort dem Vize-Präsidenten der VPK, Herrn Armin Bieri.

Armin Bieri, Präsident der VPK: Geschätzte Anwesende. Ihr habt Euch, so denk ich, das Landschafts- und Entwicklungskonzept zu Gemüte geführt. Für mich ist dieses Dokument interessant und ich lernte viel über Flurnamen und Örtlichkeiten, die mir noch nicht bekannt waren. Ich denke, so erging es auch anderen. Wir berieten das Geschäft gemeinsam mit der Umweltkommission in zwei Sitzungen. Die erste Sitzung war primär informativ, die Gemeinde gab uns viele Informationen. An der zweiten Sitzung haben wir das Geschäft durchberaten. Ihr seht es anhand des Berichts, dass sich drei Schwerpunkte herauskristallisiert haben. Die Kommission sieht es als wichtiges Hauptziel an, dass das Werk als Orientierungshilfe gesehen wird. Wir nehmen es nur zur Kenntnis, es ist kein Gesetz, daher ist es wirklich nur zur Kenntnis zu nehmen. Es hilft und dient als Grundlage bei den Zonenvorschriften Landschaft, was dann ein Gesetz ist. Wir diskutierten nicht allzu detailliert, da es sich nur um eine Hilfestellung handelt. Ihr seht die vier Punkte: Landwirtschaft, Gebiete mit Spezialnutzung, Biotop und ökologische Vernetzung. Dies waren die Hauptgesprächsthemen. Die Landwirtschaft, das ist klar, ist am meisten betroffen und so war es für die ganze Kommission klar, dass es nur mit den Landwirten zusammen geht. Es muss auf Freiwilligkeit basieren, sonst funktioniert es nicht. Es war daher am Schluss unbestritten, dass man Anreize für die Landwirte bieten kann, so dass diese dann auch mitmachen und sie eine gewisse Rechtssicherheit haben. Was sind Gebiete mit Spezialnutzung? Das sind primär Sachen, die wir auch im Landwirtschaftsgebiet haben. Zum Beispiel Hundesport oder die vielen einzelnen Wochenend- oder Gartenhäuschen, wie man die auch immer bezeichnen mag. Von diesen Häuschenbesitzer gab es relativ grossen Einwand. Das Jahr 1981 ist dort ganz klar die Entscheidungsbarriere. Was vorher gebaut wurde, hat Besitzstandsgarantie, dies ist kantonal geregelt. Was nachher gebaut wurde, ist unter Verfügung gestellt. Das heisst, wenn das Häuschen zusammenfällt oder abbrennt, darf es nicht mehr aufgebaut werden. Passiert dies einem Häuschen, das vor 1981 gebaut wurde, darf man es wieder aufbauen. Das ist der grosse Unterschied. Das Trittsteinbiotop und die ökologische Vernetzung kann ich zusammen nehmen. Dies stiess bei der Landwirtschaft noch nicht auf grossen Goodwill. Einerseits besteht die Angst, gutes Landwirtschaftsland zu verlieren, andererseits, dass ein Mehraufwand beim Hegen und Pflegen von Hecken oder Bäumen entsteht. Es ist auch hier ganz klar, es beruht auf Freiwilligkeit. Man kann niemanden zu einer Massnahme zwingen, es geht nur miteinander. Das zweite Wichtige, das wir ganz klar auch vom Kanton aus machen müssen, hat seinen Ausgangspunkt bei der Überbauung Ziegelei, die ja auf einem ehemaligen Naturschutzgebiet entsteht. Der Quartierplan Ziegelei kam nur zustande, weil

man das Trittsteinbiotop macht und das Biotop verlegt. Die Biotopverlegung wurde durchgeführt. Sie ist jetzt im Mühletäli. Was jetzt am Entstehen ist, sind die Trittsteinbiotope und die ökologische Vernetzung. Das kann man nicht erzwingen. Die Natur sucht sich ihren eigenen Weg, aber man kann der Natur durch Belassen eines Steinhauens, Liegenlassen von Ästen oder Stehen lassen einer Hecke etwas nachhelfen. Das ist es, was damit gemeint war. In der Schlussabstimmung sind wir dem Gemeinderat mit 11 zu 0 Stimmen gefolgt, bei keiner Enthaltung. Die VPK und die Umweltschutzkommission empfehlen daher, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Ich gebe das Wort Gemeinderat Christoph Morat.

Gemeinderat Christoph Morat: Frau Vorsitzende, geschätzte Anwesende. Es freut mich ausserordentlich, wieder einmal ein grösseres Geschäft vom Gemeinderat an prominenter Stelle vor Ihnen vertreten zu können. Warum bringen wir Ihnen die Vorlage so? Erstens, und da bitte ich um die erste Folie, haben wir gesetzliche Vorgaben. 1981 wurde der Zonenplan Landschaft das letzte Mal revidiert oder erlassen. Der Bund gibt uns die Auflage, solche Zonenpläne alle 15 Jahre zu überarbeiten. Der Kanton hat diese Vorgabe noch etwas verifiziert und präzisiert. Er hat gesagt, dass es am 31.12.2013 an die heutige Gesetzgebung angepasst sein muss. Das wichtigste Argument ist, dass das bestehende Reglement und der dazugehörige Zonenplan nicht mehr den heutigen Bedürfnissen entsprechen. Der zweite Grund: Der Gemeinderat hat in seinen strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanungen 2009-2014 festgehalten, dass das Landwirtschaftsland und die Naherholungsgebiete aufgewertet werden. Dazu stehen wir auch. Wir halten fest, und ich bitte um Folie zwei, Landschaft ist immer eine Identifikation mit dem, was uns Heimat bedeutet. Sie muss also mit Sorgfalt und Weitsicht, nachhaltig könnte man heute sagen, für die nächsten mindestens 15 Jahre geplant werden. Aber nicht nur gesetzliche Auflagen, sondern auch Erwerbsarbeit in der Landwirtschaft, Erhalt von Natur und Erholung und Freizeitgestaltung sind zusammen in einen Einklang zu bringen. Das Dreieck, welches Sie hier gezeichnet sehen, können Sie sich auch dreidimensional vorstellen. Wenn es auf einem dünnen Punkt in der Mitte balanciert wird, dann wird das sehr labil. Der rote Punkt, das sind Sie, die Gesetzgeber und wir, die Ausführenden von Gemeinderat und Verwaltung, wir zusammen haben die Aufgabe erhalten, dem Gleichgewicht zwischen den drei Hauptteilen Sorge zu tragen. Sonst kippt es über eine Ecke ab. Unsere Bemühungen liefen dahingehend, dass wir versucht haben, auf allen Seiten ein stabiles Gleichgewicht zu erreichen. Wir haben im Allschwiler Wald ein gutes Beispiel, dass dies funktionieren kann, der ist seit 2003 unter Schutz. Auch da gab es wichtige Teile wie Holzbewirtschaftung, Naturbewahrung und Erholung und Freizeit. Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 12.11.2008 beschlossen, gleich vorzugehen wie er es bei der Revision des Zonenplans und Reglement Siedlung gemacht hatte, nämlich zweistufig. So kann uns der Kanton weniger dreinreden, wie wir es machen sollen. Das heisst, die heutige Vorlage ist bereinigt. Ein Mitwirkungsverfahren mit einem Bericht ist erfolgt. Mit einer hoffentlich zustimmenden Kenntnisnahme würden sie heute ermöglichen, dass der Gemeinderat und die Verwaltung so weiterarbeiten können, damit Ihnen rechtzeitig auf die Zielerreichungen ein Reglement und ein gültiger Zonenplan präsentiert werden kann. Das weitere Vorgehen ist auf der dritten Folie aufgelistet. Noch in dieser Legislatur soll der Zonenplan und das Reglement Landschaft verabschiedet werden, sodass im März 2013 das Ziel erreicht werden kann. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und das Landschaftsentwicklungskonzept hoffentlich wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Ich eröffne die Diskussion und bitte die Fraktionssprecher sich zu Wort zu melden.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Siro Imber

Siro Imber, FDP-Fraktion: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Beim Landschaftsentwicklungskonzept ist es uns wichtig, dass man auch die Landwirtschaft nicht aus den Augen verliert. Man muss sehen, dass wenn wir auf Kosten landwirtschaftlicher Fläche vor unserer Haustüre schöne ökologische Flächen schaffen, Nahrungsmittel, die nach wie vor gebraucht werden, irgendwo anders produziert werden müssen. Entweder nutzt man an einem andern Ort intensiver, was nicht immer im Interesse der Ökologie ist, oder man schafft andernorts neue landwirtschaftliche Flächen. Wir haben es dann vor unserer Haustüre sehr schön, aber was wir essen, wird von weiter her hierher gefahren. Darum müssen wir beim Landschaftsentwicklungskonzept acht geben, dass wir die landwirtschaftliche Nutzung der Landschaft nicht aus den Augen verlieren. Vor allem wenn es darum

geht, von Menschen geschaffene Landschaft durch andere von Menschen geschaffene Landschaft zu ersetzen. Schlussendlich ist die ganze Landschaft Allschwils, auch der Wald, ein Kunstprodukt, welches der Mensch genau so erschaffen hat. Da können sich verschiedene Interessensgruppen um die Landwirtschaftszonen und den Wald streiten. Schlussendlich ist unser Wald, gerade weil es ein Eichenwald ist, von Menschen geschaffen, weil diese ihn damals so gepflegt haben. So pflegen wir ihn weiter, was auch richtig ist. Es ist aber nicht mehr eine natürliche Umgebung, sondern eine vom Menschen geschaffene. Wir nehmen das Landschaftsentwicklungskonzept zur Kenntnis und begrüßen die gemachten grundsätzlichen Überlegungen. Wir denken auch daran, wie man die Landschaft weiterhin schützen und ausbauen kann. Wir denken auch an die ganz vielen Kleinbauten, die sich ausufernd ausgebreitet haben. Wenn man da einmal ein Konzept hat, wie damit umgegangen werden soll, ist das sicher etwas Richtiges. Wenn es in einer zweiten Stufe hart auf hart kommt, werden wir die Diskussionen wirklich führen. Jetzt können wir es nur zur Kenntnis nehmen.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Es haben sich keine weiteren Fraktionssprecher gemeldet. – Frau Julia Gosteli

Julia Gosteli, Fraktion Grüne: Geschätzte Anwesende. Wir von den Grünen bedanken uns zuerst bei allen Beteiligten für die intensive Arbeit und die Auseinandersetzung mit dem Konzept. Mit der Einführungs- respektive Infoveranstaltung im Februar war es auch möglich teilzunehmen, Ideen einzubringen und Kritik anzubringen. Auf die Fragen wurde ausführlich geantwortet. Es ist schade, dass bezüglich Mobilfunkantennen keine Aussagen festgeschrieben wurden. Ein Thema, das keinesfalls vernachlässigt werden darf. Es hätte im Konzept etwas dazu vermerkt werden können. Es ist ja auch nur ein Konzept und kein Gesetz und gilt als Orientierung und Entscheidungshilfe für die Zonenvorschriften Landschaft. Das Thema darf keinesfalls zwischen Stuhl und Bank, oder zwischen Trittstein und Biotop, fallen, oder gar in das Biotop. Danke.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Christoph Benz

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Vize-Präsidentin, werte Anwesende, guten Abend. Im vorliegenden LEK haben wir veraltete Inhalte aus dem Jahre 1981 neu ausgerichtet, gestrafft und den heutigen und den künftig erwarteten Bedürfnissen angepasst präsentiert bekommen. Wir befürworten die Schwerpunkte Landwirtschaft, Naherholung, regionale Raumplanung und Umwelt- und Landschaftsschutz und sehen, dass diese ausgewogen berücksichtigt wurden. Die Zukunft soll von einem Mit- und Füreinander geprägt sein, nicht von Interessenskonflikten. Dabei wurde klar, dass es, wie schon verschiedentlich gesagt wurde, nur mit den Landwirten zusammen geht. Man kann ihnen zum Beispiel bei Hochstämmen oder Biotopen nicht befehlen, was sie tun und lassen sollen. Im Gespräch mit ihnen kann man sie gewinnen und je nach dem gewinnen sie uns auch für ihre Anliegen, was sicher auch gut ist. Es freut uns, dass die geforderten Trittsteinbiotope hinter der Ziegelei kommen und Platz finden. Sie sind wichtig für die Vernetzung der Lebensräume. Das gleiche gilt für die Wildtierkorridore. Etwas irritiert hat uns, dass auf Seite 13, Absatz 7.1 steht: Eine von der Hoch-/Tiefbau-Umweltabteilung in Auftrag gegebene Erfolgskontrolle, wird 2008 aufzeigen, inwieweit die Ziele des Naturschutzkonzepts von 1985/86 erreicht werden konnten. Darauf warten wir immer noch, wir hoffen, dass diese bald vorliegt. Generell ist mir beim Lesen des LEK die grosse Sorgfalt aufgefallen, dies wurde heute auch schon erwähnt. Der Raum ist begrenzt, er muss weise eingeteilt werden. Dies gilt für Siedlungsgebiet, aber auch für Nichtsiedlungsgebiet. Den Feldern, Bäumen und Tieren um Allschwil muss Sorge getragen werden, weil sie kostbar sind. Ein Dorf wie Allschwil braucht das, um lebenswert zu bleiben. Das Gleiche gilt auch für die Bauern, welche diese Felder bestellen und gestalten. Auch denen sollen wir Sorge tragen, so wie sie auch der Landschaft Sorge tragen, wertvolle Arbeit leisten und nicht nur ihr Geld damit verdienen. Freizeitnutzung ist ein Bedürfnis. Dies braucht ebenfalls intelligent gesetzte Grenzen und Rahmen. Diese Sorgfalt ist für das LEK kursbestimmend und wir möchten, dass dies auch so bleibt. Merci.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Peter Brack

Peter Brack, CVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich bin noch nicht Fraktionspräsident, zur Information. Auch wir von der CVP-Fraktion sind ganz klar für diesen LEK. Wir haben uns mit Vertretern der Gemeinde, der Verwaltung und der Landwirtschaft in der Person von Jürg Vogt, der sehr ausführliche

Statements über die Bedürfnisse der Landwirte abgab, beraten. Das Resultat 11 zu 0 zeigt breite Zustimmung und die CVP nimmt das LEK ebenfalls zur Kenntnis. Herzlichen Dank.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Es haben sich keine weiteren Fraktionssprecher gemeldet. Der nächste Redner ist Herr Jürg Vogt.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Werte Vize-Präsidentin, wertvolle Einwohnerräte. Ich möchte zum LEK aus der Sicht der Allschwiler Bauern sprechen. Ich denke wir dürfen sagen, dass wir Bauern das Allschwiler Landschaftsgebiet seit Generationen prägen. Es ist unsere innigste Heimat. Das LEK hat sicher seine Berechtigung, und es ist auch für uns wichtig, dass klar geregelt ist, was in der Landschaftszone gemacht werden darf. Wo darf was gebaut werden? Wo sind noch Spezialnutzungen möglich usw.? Die Wünsche seitens des Naturschutzes stehen stark im Vordergrund. Der Ruf nach Trockenwiesen, Feuchtgebieten, Hecken, Einzelobjekten, grosszügigen Vernetzungsachsen usw. wurden offengelegt. Das lässt bei uns Bauern die Alarmglocken läuten. Was sollen wir in Zukunft noch machen, was wird alles noch vorgeschrieben? Leben wir in einem Zeitalter, in dem alles kontrolliert und vorgeschrieben werden soll? Aus dem Grund haben alle zwölf Bauern konstruktiv beim Mitwirkungsverfahren mitgemacht. Wir dürfen nicht vergessen, erst vor zwei Jahren wurde das ganze Mühletäli, immerhin 10ha Land, unter Naturschutz gestellt. Natürlich kann das Land noch landwirtschaftlich genutzt werden. Es darf gemäht werden, aber die Nutzung ist sehr stark eingeschränkt, das muss klar gesagt sein. Es ist eigentlich mehr eine Pflege dieses Gebiets. Ich denke, in Allschwil wird viel freiwilliger Naturschutz betrieben, das ist auch richtig so, gerade von uns Bauern. Ein grosses Beispiel sind die Buntbrachen. Das sind die Acker, die man mit Blumen besät. Im Frühling blühen sie rot vom Mohn, es folgen Margeriten, gegen Sommer und Herbst kommen die blauen Kornblumen. Diese Felder sehen irgendwie etwas vernachlässigt aus. Die Bevölkerung hat damit Mühe. Ich werde oft gefragt, was das sei und wieso so viele Raupen über die Strasse rennen. Man muss das den Leuten erklären. Das sind Orte, Felder, die sicher vielen Tieren und Reptilien eine gute Heimat bieten. Dies passiert alles freiwillig. Es wird vom Bund und vom Kanton gefördert und die Bauern machen mit. Wir haben noch wenige Obstbäume in Allschwil. Warum sind es nicht mehr viele? Weil sie wirtschaftlich eigentlich schon lange tot sind. Sie bringen, leider Gottes, keinen wirklichen Ertrag mehr. Was heute aber das Landschaftsbild Allschwils prägt, und das wurde schon erwähnt, sind die vielen Waldränder. Es ist ganz toll für die Natur, wie diese Waldränder seit zehn Jahren gepflegt werden. Wir haben so viele Waldränder in Allschwil, man sieht fast von einem zum andern. Wir haben nirgends ausgeräumte Gebiete wie im Mittelland oder in andern Ländern. Das kennen wir in Allschwil gar nicht. So gesehen können wir Bauern sagen, dass wir sehr viel Naturschutz haben. Neben dem Naturschutzgebiet brauchen wir sicher auch noch eine produzierende Landwirtschaft in Allschwil. Die Bevölkerung soll sehen, dass Kartoffeln im Boden wachsen und die Kühe es sind, die Milch geben. Diese fressen Gras, machen Mist, der Mist geht auf das Feld, das ist der natürliche Kreislauf. Den kann man den Kindern auch einfach auf Bildern zeigen, aber ich denke, wenn sie einmal bei einem Spaziergang Gülle riechen, dann ist das ein gutes Erlebnis, das nicht gemisst werden sollte. Für dass die Bauern noch gut produzieren können, braucht es ein ackerfähiges Land. Da haben wir einen Punkt erreicht, gerade nachdem wir 10ha im Mühletäli unter Naturschutz gestellt haben, wo nicht mehr Land für den Naturschutz abgegeben werden kann, so leid es uns tut. Wenn man die Natur durch Wohnungsbau und Strassen verdrängt, müssen wir sagen, dass wir im Landschaftsgebiet das nicht mehr aufholen können, da hat es auch keinen Platz mehr. Es müsste sich ein jeder überlegen, was es für die Natur bedeutet, wenn jeder für sich alleine eine Drei- oder Vierzimmer-Wohnung will. Ganz wichtig ist, und darüber wurde noch nicht gesprochen und im LEK ist es auch nur am Rand erwähnt, dass es Geld kostet Landschaftsgebiete, Naturschutzflächen zu gestalten und über Jahre zu pflegen. Das kostet viel Geld. Bis das wieder im Gleichgewicht ist, bedarf es einer aufwändigen Pflege. Ich möchte zum Schluss sagen, dass im neuen Zonenplan und im Reglement die Freiwilligkeit in Sachen Umsetzung des Naturschutzes höchste Priorität haben muss. Die Aussage von Professor Durer, den ich einmal getroffen habe und der Ihnen vielleicht auch ein Begriff ist, hat mich erstaunt: Ein guter, funktionierender Naturschutz kann nicht erzwungen werden. Danke

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Josua Studer

Josua Studer, parteilos: Sehr geehrte Frau Sitzungsvorsitzende. Wir haben in der VPK mit der Umweltkommission zusammen das Geschäft beraten. Es heisst LEK, Landschaftsentwicklungskonzept. Aber mir kam es bei der Beratungen oft so vor, als ob wir bereits ein Gesetz beraten würde. Wenn man die Vorlage genau liest, kann man davon ausgehen, dass die niedergeschriebenen Sachen auch umgesetzt werden. Da besteht eine grosse Gefahr, Herr Jürg Vogt hat viel darauf hingewiesen. Während

der Kommissionsberatung kam ich mir oft so vor, als ob ich der einzige bin, der ihn wirklich versteht und unterstützt. Andere haben ideologische Vorstellungen, die einfach schön wären, aber wie Herr Jürg Vogt gesagt hat, teuer werden können. Man kann sich fragen, was die ganze Überregulierung zu bedeuten hat. Heutzutage ist der Umweltschutz in aller Munde. Wir haben viele Vorschriften des Umweltschutzes wegen, er wird sehr stark angewandt. Deshalb denke ich, dass man nicht mehr zu explizit alles so festschreiben soll, dass man keine Möglichkeiten mehr hat, sich normal zu bewegen und zu gestalten. Gerade gestern Abend hat man im Fernsehen sehen können, was solche Vorschriften beinhalten können. Wenn jemand in einem Wohnquartier ein paar Pferde hält und es dann mehr werden in einem Wohnquartier, ist es nicht mehr zulässig, es muss ausgegliedert werden. Die Gruppierung mit den Pferden, die für Kinder da war, musste weichen. Ausserhalb hätten sie tolle Anwesen gefunden, aber sie dürfen es nicht betreiben, da sie keine Bauern sind. Es ist heute so eine starre Sache mit den Plänen, die wir haben, dass man diese einfach nicht mehr normal und sinnvoll anwenden kann. Alles ist festgeschrieben. Da müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht selbst einigeln. Ich hoffe fest, dass wenn es darum geht, das Reglement, respektive das Gesetz zu beraten, dass wir dann weise und vorausschauend sein werden, sodass auch unsere Nachkommen noch etwas gestalten und nicht einfach nur verwalten können.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Andreas Bammatter

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich freue mich besonders, dass ich Ihnen heute im Namen der SP/EVP-Fraktion eine Briefmarke übergeben konnte, ich hoffe, alle haben eine. Das heute besprochene Thema ist sehr wichtig und es geht nicht nur die Allschwiler etwas an. Es ist ein internationales Jahr. Ich durfte Euch zur Biodiversität auch zwei bis drei Mails schicken. Wir sprechen hier von Artenschutz und Artenerhaltung. Wenn wir Sorge tragen hier in Allschwil, dann leisten wir einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung, das meine ich ernst. Da können wir zeigen, was es heisst: Global denken und lokal handeln. Diese Briefmarke soll ein Symbol dafür sein, dass, wenn Sie das nächste Mal einen Brief verschicken, Sie sich überlegen, was Sie persönlich dazu beitragen können. Wenn es ein Thema ist, welches auf eine Briefmarke kommt, so denke ich, dass es ein wichtiges Thema ist. Es haben sich der Bauernverband, Interessengemeinschaften und Naturschutzverbände darum gekümmert und sich geeinigt. Es geht nun darum, dass es lokal umgesetzt wird. Wir haben hier eine Vorlage mit dem Landschafts- und Entwicklungsplan. Damit können wir einen Beitrag leisten. Nutzen wir die Gelegenheit und tun etwas für die Umsetzung, reden wir nicht nur darüber. Besten Dank.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Herr Simon Zimmermann

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Verehrte Anwesende. Ich möchte es noch einmal erläutern, ich sagte es schon in der Kommission. Passen Sie auf, was Sie hier reglementieren wollen. Es wird gefährlich, einem Landwirt vorzuschreiben zu wollen, einen Baum stehen zu lassen, dort etwas zu machen und dort nichts. Die Situation ist so, ich komme aus einem Landwirtschaftsbetrieb und weiss wovon ich spreche, man kann nicht einfach einen Acker halbieren, nur weil dort auf einer Karte Amphibienschutz eingezeichnet wurde. Es ist nicht gewährleistet, ob diese dann auch da durchgehen. Ich denke, dass man die Acker so beisammen lassen sollten, wie sie sind. Die Landwirte sollten heute lernen produktiv zu arbeiten und nicht noch mehr Aufwand zu betreiben als nötig. Sonst heisst es wieder, unsere Inlandprodukte sind einfach sehr teuer. Dies ist auch ein Weg, die Preise zu steigern. Für nichts und wieder nichts, nur weil sie um drei Hausecken gehen müssen, und nicht mehr gerade darüber fahren können. Es ist auch ein Aspekt, der zum Naturschutz gehört, ob man durch das halbe Dorf fahren muss, um an einen andern Acker zu kommen. Ich habe geschlossen.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident: Es haben sich keine weiteren Redner mehr gemeldet.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung dieses Geschäfts.

Cedric Roos, 2. Vizepräsident:

1. Vorbemerkung

2. Ausgangslage

3. Sicht der Kommission

- 3.1 Hauptziel
- 3.2 Landwirtschaft
- 3.3 Gebiete in Spezialnutzung
- 3.4 Trittsteinbiotop
- 3.5 Ökologische Vernetzung

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Die Beratung ist abgeschlossen. Wir kommen zum Antrag vom Gemeinderat. Er beantragt uns, das LEK Allschwil als Grundlage zur Revision der Landschaftsplanung, bestehend aus dem Bericht und dem Plan vom 8.9.2009 sowie den Mitwirkungsbericht vom 11.8.2009 zur Kenntnis zu nehmen

://:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Wir kommen zur Schlussabstimmung.

://:

Das Geschäft wird einstimmig für abgeschlossen erklärt.

Armin Bieri, Präsident: Dann gehen wir zur alten Formation zurück und wir kommen zu Traktandum 3.

519 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Postulat von Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion, vom 09.12.2009 betreffend energieeffiziente Strassenbeleuchtung

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3910

Gemeinderat Robert Vogt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Lassen Sie mich zum Postulat noch einige Erklärungen abgeben, damit Ihnen die Überweisung auch klar wird. Unsere Strassenbeleuchtung, die doch 36 km Gemeindestrassen beleuchtet, besteht aus ca. 2200 Kandelaber, Strassenbeleuchtungskörper. Das bedeutet, dass wir für den jährlichen Stromverbrauch rund CHF 100'000 einsetzen. Die Beleuchtung war schon in den 80er-Jahren ein Thema. Wir hatten bis damals in ganz Allschwil die sogenannten Huber-Leuchten. Ein solches Modell finden Sie noch auf dem Schulplatz, wenn Sie zum Fenster hinaus schauen. Das sind die Lampen, wie sie in den 80er-Jahren noch eingesetzt wurden. Der Gemeinderat hat damals beschlossen, das System zu verbessern. Man rüstete auf Sparlampen um. In den 90er-Jahren sah man, dass dies zu wenig Licht gibt und so hat man umgestellt, das jede zweite eine Sparlampe war. Jede andere zweite Lampe war eine höherwertige Lampe, die viel Strom verbraucht hat. Mit diesem System hat man bis 1999 die Allschwiler Gemeindestrassen beleuchtet. Anschliessend hat der Gemeinderat ein Konzept ausarbeiten lassen, welches eine moderne Beleuchtung vorsah, wie Sie es heute in den meisten Gemeindestrassen sehen, sogenannte Rinnenstrahler. Diese Rinnenstrahler sind Beleuchtungen, die aus heutiger Sicht topp effizient sind und sehr wenig Strom brauchen und den Strassenraum sehr gut ausleuchten. Das führt, von der Wahrnehmung her, zu einer wesentlich heller beleuchteten Strasse und hat dennoch zu einer Abnahme des Stromverbrauchs für die Beleuchtung geführt. Diese Umrüstung ist bereits bei der ersten Hälfte der Allschwiler Strassen gemacht worden. Wir haben also von den 2200 Leuchten schon mehr als 700 umgerüstet, deshalb haben auch die Mehrleuchten, die zum Beispiel beim Ziegeleiareal entstanden, nicht zu einem höheren Stromverbrauch

geführt. Das konnte kompensiert werden. Jetzt, das ist die neuste Tendenz, das haben Sie sicher schon gesehen, betreibt man nicht mehr mit den heutigen konventionellen Leuchten, den sogenannten Halogen-Metallampfen, sondern mit sogenannten Leuchtdioden, kurz LED. Diese Leuchtdioden ermöglichen einen viel differenzierteren Betrieb. Das heisst, man könnte eine Beleuchtung nachts weniger stark machen. Um dem entgegenzuwirken möchten wir gerne das Postulat entgegennehmen, eine entsprechende Studie ausarbeiten lassen und schauen, ob sich eine Beleuchtung mit LED für Allschwil schon eignen würde. Darum hat sich der Gemeinderat dazu entschlossen, die diesjährige Tranche, die bereits budgetiert ist, nicht ausführen zu lassen, die alten Huber-Lampen also nicht auf die Rinnenstrahler umzurüsten, sondern abzuwarten, ob wir mit der LED-Technologie noch einen Schritt weiter gehen wollen. Um das wirklich prüfen zu können, möchten wir gerne das Postulat entgegennehmen. Und wenn Sie uns den Auftrag erteilen, würden wir die Studie machen lassen.

Armin Bieri, Präsident: Es liegt kein Gegenantrag für eine Nichtentgegennahme vor. Dann stimmen wir ab. (Anmerkung ER-Büro [nach Abhörung der Aufzeichnung]: Josua Studer meldet sich, ohne eine Worterteilung abzuwarten. Auf dem Band ist diesbezüglich nichts zu hören [offensichtlich wurde nicht ins Mikrofon gesprochen, weshalb auch nichts protokolliert ist]. Sinngemäss rügt Josua Studer den Präsidenten, weil er ohne Vorliegen eines Gegenantrags abstimmen lassen wollte. Aufgrund der forschenden und angriffigen Weise, wie diese Bemerkung erfolgte, ergehen die folgenden Bemerkungen samt Verwarnung).

Herr Studer, ich brauche Ihre Bemerkungen nicht. Es ist die erste Warnung. Bei der zweiten werde ich abbrechen.

://:

Das Postulat wird überwiesen.

520 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Postulat von Josua M. Studer vom 14.12.2009 betreffend

Abgabe von Allschwiler-Lampions an der 1. Augustfeier

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3911

Armin Bieri, Präsident: Das Wort hat der Postulant Herr Josua Studer.

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident. Ich möchte gerne zuerst die Begründung des Gemeinderates hören, um darauf reagieren zu können. Vielen Dank.

Armin Bieri, Präsident: Herr Gemeinderat Vogt

Gemeinderat Robert Vogt, Vorsteher Departement Tiefbau/Umwelt: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Wir führen schon länger jährlich die 1. August-Feier durch. Sie wissen, dies ist ein nationaler Feiertag. Wir geben bis heute die Schweizer-Lampions ab. Das ist bei den Kindern sehr beliebt, es sind ca. 200 Lampions jährlich. Ein sogenannter Allschwiler-Lampion, der als Spezialanfertigung logischer Weise nur in Allschwil eingesetzt werden könnte, würde zu Mehrkosten führen. Man müsste eine minimale Stückzahl, das heisst eine Tausender-Serie, dieser Allschwiler-Lampions machen lassen. Dann hätten wir diese für fünf oder mehr Jahren an Lager. Aus wirtschaftlichen Gründen und aus dem Grund, dass der Nationaltag ein Fest der Schweiz ist, würde ich lieber beliebt machen, und das ist auch die Meinung des Gemeinderats, dass wir das Postulat nicht entgegennehmen und auf die Allschwiler-Lampions verzichten.

Armin Bieri, Präsident: Herr Josua Studer

Josua Studer, parteilos: Herzlichen Dank Herr Präsident. Danke Herr Gemeinderat Vogt für Ihre Ausführungen. Ich finde es schade, dass man einen schweizerischen Anlass, der aber explizit für Allschwil durchgeführt wird, nicht mit etwas aus der Gemeinde in Verbindung bringen kann, nachdem man weiss, dass viele Freude am Ganzen hätten. Schade finde ich auch, dass man die Zahlen falsch interpretiert. Ich habe mir erlaubt vorgängig, bevor ich die Motion verfasste, mich zu erkundigen, wie das Ganze abgehandelt wird, wer das macht, wie viel Stück noch vorhanden sind und wie die Anschaffung gemacht würde. Ich bekam Angaben, die mich veranlasst haben, eine Offerte einzuholen. Die Offerte fiel erstaunlicherweise tiefer aus, als ich dachte. Ich ging davon aus, dass es Mehrkosten bringen würde. Aber ich musste feststellen, die Zahlen liegen vor, dass es die Gemeinde gleich teuer zu stehen käme. Bis anhin wurde auch schon auf Vorrat eingekauft, das sollte kein Problem sein. Ich habe hier ein Beispiel, das sind ganz interessante Laternchen. Die wären eine Bereicherung zu jeder runden Laterne und zum Lagern erst noch viel praktischer. Ich finde es schade, wenn man dies nicht umsetzen will und bitte deshalb, dass wir die Motion überweisen. Vielen Dank.

Armin Bieri, Präsident: Herr Hans-Peter Tschui

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Herr Präsident, meine Damen und Herren. Es muss die Frage erlaubt sein, wie weit das Parlament mit Vorstössen eingedeckt werden kann, welche mit dem gesetzlichen Auftrag, mit Rechtssetzung und Rechtsvollzug, Oberaufsicht über die Verwaltung und die Exekutive, Beschlussfassungen über Steuern und Abgaben, Projekte und Kredite, über das Budget und die Finanzrechnung kaum mehr etwas zu tun haben. Es muss die Frage erlaubt sein, ob sich Wertsteigerungen an einem 1. August-Lampion nicht eher und besser in einem Nationalfonds-Projekt unterbringen lassen, oder bei Pro Helvetia in ein Projekt eingebracht werden sollen. Mit den auf Effekthascherei zielenden Vorstössen werden Grenzen zwischen Sinn und Unsinn der parlamentarischen Arbeit verwischt. Sie sind eine unnötige Beanspruchung der Verwaltung und der Exekutive auf den untersten Prozessstufen des operativen Verwaltungsgeschäfts. Sie provozieren hämische Kommentare und Leserbriefe über die Geschäftsinhalte des Einwohnerrats. Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, dieses Ansinnen zu versenken und für die Zukunft, in einem übergeordneten Sinn, ein Zeichen zu setzen.

Armin Bieri, Präsident: Frau Franziska Pausa

Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion: Für mich und unsere Partei ist auch klar, dass der 1. August der Nationalfeiertag ist. Ich denke, die Kinder freuen sich über ein rot-weisses Lampion genau so. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Mathilde Oppliger

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion ist nicht dafür, dass man Allschwiler Lampions anschafft. Es ist eine Bundesfeier. Man soll schweizweit die Lampions mit einem Schweizerkreuz zieren dürfen. Wir wollen damit ein Zeichen für die schweizerische Gemeinsamkeit setzen, nicht nur für die Allschwiler. Es käme die Frage dazu, ob man die Lampions mit dem aktuellen Pixel oder mit dem Wappen verzieren möchte. Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung.

://:

Die Motion wird mit 2 Ja, 32 Nein und 1 Enthaltung nicht überwiesen.

521 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Verfahrenspostulat von Cedric Roos, SVP, Kathrin Gürtler, FDP, betreffend „kommunale Gewaltentrennung“
Antrag des Büros: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro Einwohnerrat, Geschäft 3931

Armin Bieri, Präsident: Wenn wir diskutieren wollen, braucht es einen Gegenantrag für Nichtentgegennahme. Gibt es diesen? – Herr Josua Studer

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident. Dies war eine gute Frage. Sie mussten damit rechnen, dass ich sie mit Ja beantworte. Ich möchte den Herrn 2. Vize-Präsidenten darum bitten, nicht Leute mit nicht statthaften Sachen anzugreifen. Ich wurde von Ihrem Präsidenten kontaktiert, Herr 2. Vize-Präsident, dass er bezugnehmend auf §14 und §45 der Meinung ist, dass ich nicht Recht habe. Sie nennen den §90, der besagt, dass die Präsidentin oder der Präsident das Geschäftsreglement im Einzelfall auslegt. Auslegen heisst nicht, dass ich mit diesem Reglement machen kann, was ich will. Auslegen heisst verantwortlich, dass das, was hier drin steht, umgesetzt wird und ebenso bei irgendwelchen Fragen, wenn man nicht versteht, wie das gemeint ist. Das heisst nicht, ich mach einfach, was ich will und wenn ich will, setze ich etwas auf ein Traktandum. Somit finde ich das Vorgehen nicht in Ordnung, wie ich dies schon eingangs bei der Bestreitung der Traktandenliste sagte, dass ein Postulat einfach auf eine Traktandenliste gesetzt wird, ohne dass es verlesen wird. Es gab es schon mehrfach, dass es geheissen hat, das kann noch nicht behandelt werden, weil es nicht verlesen wurde. Ich finde, das muss für alle zählen, nicht nur für Einzelmassen. Wenn es fünf wären, die das unterschrieben hätten, wäre es etwas anderes, aber es sind zwei. Das ist einmal Punkt 1. Ein weiterer Punkt ist: Im Gremium, in welchem sie Einsitz haben, ist der Präsident der Reglementscommission. Der Präsident dieser Reglementscommission sowie andere Ratsmitglieder von hier waren in letzter Zeit mehrfach der Meinung, man solle das Reglement, wie es jetzt besteht, vorerst nicht mehr antasten. Man soll es einmal wirken lassen. Und so bitte ich einfach, dass dies auch umgesetzt wird. Und nicht, dass wenn man selbst etwas gut findet, dass man es machen sollte. Von den Postulanten, die angehende Juristen sind, finde ich es peinlich, dass sie sich aufspielen, wie wenn sie das Recht kennen würden, oder es nach ihrem Belieben biegen könnten. Wenn Ihr einmal den Abschluss habt und aktiv werdet, kommt noch etwas auf uns zu. Es graut mir jetzt schon davor, wenn ab Juli jemand anderes vorne am Pult von Herrn Armin Bieri sitzt und ein Jahr später dann Herr Cedric Roos, der klar sagte: Wenn ich dann Präsident bin, läuft hier einiges anders. Schon jetzt mit dem aktiven Präsidenten spüren wir komische Sachen. Ich freue mich auf die nächsten zwei Legislaturjahre. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass Abklärungen gemacht wurden von seitens der SP, die für mich schon Wissen waren. Es ist erlaubt, dass jemand Friedensrichter sein kann und weiterhin in der Legislative tätig ist. Es ist weiter klar, dass jemand, der Bezirksrichter wird, im Rat weiter tätig sein kann. Aber es ist ein ungeschriebenes Gesetz: Wer auf der Stufe eines Bezirksrichters amtiert, der tritt aus dem Rat aus. Das hatten wir bei der CVP mit Susanne Amrein. Erschwerend zum Ganzen kommt folgendes: Als ich noch der SVP angehörte und es darum ging, wer für die Bezirksrichterwahlen kandidiert, wollte Herr Cedric Roos kandidieren. Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass es grundsätzlich eine graue Zone ist, beides zu machen. Daraufhin hat er befunden, er wolle die Reaktionen abwarten. Heute ist er jener, der einen Friedensrichter aus dem Einwohnerrat bugsieren will. Verheerend finde ich, dass unser Reglement des Einwohnerrats immer mehr Fesseln bekommt. Auf kantonaler Ebene werden solche Sachen nicht angewandt und auf nationaler Ebene wird solches nicht angewandt. Aber in dem Parlament, in dem solche Vorstösse wie der von den 1. August-Lampions, wie es Herr Hans-Peter Tschui sagte, absolut keinen Platz haben und nur eine Blufferei seien, kommt man mit solchen Vorstössen. Ich habe Mühe solches zu machen und ich bitte Euch, schaut an, was der Vorstoss soll. Der Vorstoss zielt auf die SP, dass man ihnen Weh macht. Das letzte Verfahrenspostulat zielte von da nach da, dass es da weh macht. Damals ging es nur darum, dass, hätte man Susanne Studer aus dem Wahlbüro kippen können, das Präsidium an die SP gegangen wäre und die Grünen einen Sitz mehr im Wahlbüro gehabt hätten. Die SVP würde bei einem Rücktritt einen Sitz an die Grünen verlieren. Wenn die Präsidentin zurücktritt, dann hat die SVP das Präsidium nicht mehr und es geht an die SP. Macht die Augen auf, wie hier politisiert wird. Es geht nicht mehr um die Gemeinde Allschwil. Das sind nur kleine Fehden von Person zu Person. Das soll bitte endlich aufhören. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Darf ich Ihr Votum, Herr Studer, so interpretieren, dass Sie auf Nichtentgegennahme plädieren? (wird sinngemäss bejaht) Damit ist die Diskussion eröffnet.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Cedric Roos

Cedric Roos, SVP-Fraktion: Lieber Herr Josua Studer. Sie haben eine blühende Fantasie. Auf Ihre Denunzierungen möchte ich gar nicht eingehen und rede nur vom Verfahrenspostulat. So wie es in der Begründung steht, ist es in der gängigen juristischen Literatur, die an der Universität gelehrt wird. Es ist auf viele Stufen antreffbar, dass die Gewaltentrennung vollzogen wird. Das ist auf nationaler Ebene so

und auch auf Kantonebene. Dass es noch nicht festgeschrieben ist, heisst aber nicht, dass wir es uns nicht auch überlegen können, ob wir es auf kommunaler Ebene möchten. Dass meine Überlegungen, und die von Kathrin Gürtler nicht ganz abwegig sind, zeigt erstens, dass es ein einstimmiger Beschluss des Büros ist und dass der Präsident der Reglementscommission sagte, da kann man darüber sprechen, weil er ebenfalls die Annahme empfohlen hat. Jetzt ist es so, dass die Arbeit der Kommission bereits ausgeführt wurde, Abklärungen wurden getätigt und Fragen der Umsetzbarkeit liegen bereits vor. Herr Schwörer, der für solche Sachen im Kanton zuständig ist, hat uns die Antwort gegeben, dass die Regelung im Kanton abschliessend ist. Dadurch haben wir hier gar nicht die Kompetenz, das zu machen. Soviel zum Thema der Gemeindeautonomie, da setze ich ein Fragezeichen. Auf Grund dieser Ausführungen und mit diesen Gründen ziehen Kathrin Gürtler und ich das Postulat zurück.

Armin Bieri, Präsident: Herr Andreas Bammatter. Das Postulat ist zurückgezogen, damit fällt das Thema weg.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Dann stelle ich aber einen Antrag. Wir haben vorher gesagt, dass das Traktandum nicht würdig sei, hier behandelt zu werden. Die ganze Seite da sagte nein. Die Kolleginnen und Kollegen hier sagten ja und jetzt schiessen wir es wieder ab. Jetzt reden wir darüber, wir sind schliesslich auch extra hergekommen. Zum Glück haben wir noch das LEK behandelt, damit haben wir noch etwas Sinnvolles behandelt, und nicht einfach, wie es Herr Hans-Peter Tschui sagte, Sachen durchschleusen. Auch wenn es politisch und juristisch korrekt ist, es geht um Sinn und um Unsinn. Ich stelle den Antrag, dass man darüber abstimmt, ob man mindestens noch Voten abgeben kann, dann können wir das noch diskutieren. Weil ich möchte nicht noch einmal das Gleiche behandeln, wenn der Nächste mit einer solch tollen Idee kommt. Nehmen wir das in die Fraktionen zurück und überlegen es, bevor wir einen Vorstoss machen. Ich bin der Meinung, dass wir hier noch ein Votum abgeben dürfen

Armin Bieri, Präsident: Wir stimmen über den Antrag Andreas Bammatter ab.

://:

Dem Antrag wird mit 22 Ja, 12 Nein und 2 Enthaltungen zugestimmt

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste kann also weitergeführt werden. Wir fahren fort.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Mathilde Oppliger

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Darf ich am Schluss etwas sagen? Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Dann kommen wir zu Herrn Stephan Wolf.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich stelle natürlich keinen konkreten Antrag mehr, da das Postulat zurückgezogen wurde. Einfach noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen. Die Gewaltenteilung ist in unserer Demokratieform ein sehr wichtiges Gut. Das ist richtig. Man muss aber nicht nur zwischen gesetzgebender, gesetzausführender und richterlicher Gewalt unterscheiden. Es muss auch das föderalistische Element beachtet werden, die drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinde. Das gehört auch zur Gewaltenteilung. Jetzt ist es so, dass das Gemeindegesetz, das hat Herr Cedric Roos bereit erwähnt, im §9 abschliessend regelt, welche für Unvereinbarkeiten gelten. Da steht für die Gemeinden, dass nicht in ein Gemeindegremium wählbar ist, wer dem Kantonsgericht oder dem Regierungsrat angehört. Die Friedens- und Bezirksrichter werden da nicht erwähnt. Das ist eine abschliessende Regelung und höherstehendes Recht, an das sich auch die Gemeinde Allschwil halten muss. Darum hätte die CVP-Fraktion dem Verfahrenspostulat nicht zustimmen können.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Josua Studer

Josua Studer, parteilos: Herr Präsident, werte Anwesende. Ich bin ziemlich befremdet. Als ich die Traktandenliste bestritt, habe ich gewünscht, dass die Postulanten das Postulat zurückziehen sollen.

Dann, wenn man das Traktandum behandelt, heisst es grossspurig: "Wir haben bereits Abklärungen getroffen, wir wissen wie was wo. Die Situation ist so, dass wir es zurückziehen." Hallihallo, in welchem Kaspar-Theater sind wir hier?

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Andreas Bammatter

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Besten Dank. Wie gesagt, wir dachten eigentlich, das Traktandum sei unnötig. Ihr da drüben sagt, es sei nötig, also ziehen wir es durch. Ich danke, dass die Mehrheit es so wollte. Wir von der Fraktion staunten nicht schlecht, als wir die heutige Traktandenliste gelesen haben. Quasi in letzter Minute ist ein Postulat eingegeben und auf die Traktandenliste gesetzt worden. Das können wir juristisch nachvollziehen. Aber die Begründung, ich zitiere: "...gewährleistet die Beschränkung und Kontrolle und somit Schutz des Einzelnen vor staatlicher Willkür", ist doch etwas speziell. Weiter heisst es: "Der Beschluss gilt in seiner Substanz per sofort." Wir haben uns gefragt, welche Gedanken da aufkommen und wer hier welche Fantasie hat. Oder, es tut mir leid, dass ich das sagen muss, aber ich sage es trotzdem: Sind wir an einer Universitätsvorlesung für Jurastudenten im ersten Semester, wo wir eine Fallbesprechung machen? Das hat es im Einwohnerrat in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. Sehr wahrscheinlich hat es das, seit es ihn gibt, noch gar nie gegeben. Es kann sich wohl auch niemand daran erinnern, dass ein politischer Vorstoss direkt von der Eingabe, ohne, und das wurde auch schon gesagt, dem Einwohnerrat angekündigt zu werden, auf die Traktandenliste gesetzt wurde. Dann ist noch zu erwähnen, dass beide Postulanten im Einwohnerratsbüro sitzen, auch das wurde schon erwähnt. Für mich und die Fraktion fehlt da eindeutig das nötige Fingerspitzengefühl. Jetzt aber zur Sachlage. Die Postulanten haben eine eindeutige Überregulierung des Einwohnerratsreglement gefordert. Sie erachten es als unvereinbar und als gegensätzlich, dass Friedens- und Bezirksrichter gleichzeitig ein Legislativ-Mandat, also dass bei uns ein Einwohnerrat oder ein Exekutiv-Mandat, also bei uns der Gemeinderat, inne haben. Grundsätzlich, und das wurde schon gesagt, sollte man Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Ein Bezirks- und ein Friedensrichter ist nicht das Gleiche. Da besteht ein grosser Unterschied. Weiter erachte ich es als sinnvoll, dass man sich, und das haben wir auch per Mail in Umlauf gebracht, bei solchen Fragen beim Kanton bei Herrn Daniel Schwörer, seines Zeichens Fürsprecher für Fälle bezüglich dem Gemeindegesetz, erkundigt. Das haben wir als Nicht-Juristen gemacht. Seine Antwort ist klar und ich lese sie noch einmal vor: "Zwischen dem Amt als Friedensrichter und der Mitgliedschaft in einem Einwohnerrat besteht gemäss Gemeindegesetz keine Unvereinbarkeit, so dass kein Rücktritt aus dem Rat notwendig ist. Vergleiche § 9 Absatz 1 des Gemeindegesetz SGS 180." Das ist eindeutig und es ist für mich als Nicht-Jurist klar verständlich. Was ich nicht verstehe, ist, dass das Einwohnerratsbüro und die beiden Postulanten, ihres Zeichens beide Juristen, es nicht von sich aus gemacht haben. Sie haben es zwar hier gesagt, aber dann hätten sie sich erkundigen können, bevor sie den Antrag gemacht haben. Nach meinem Wissensstand, Ihr habt es ja selbst nachrecherchiert, gab es bis dahin keine missbräuchlichen Machenschaften, welche dem Schutz des Einzelnen vor staatlicher Willkür bedurft hätte. Die Tatsache, dass zum Beispiel in Binningen ein FDP-Einwohnerrat und in Bottmingen ein Gemeindegemeinschaftsmitglied, ebenfalls von der FDP, das Amt des Friedensrichter ausüben, zeigt das auch. Es gibt übrigens ebenso Gemeinderäte, welche Friedensrichter sind, als Beispiel nehme ich Frenkendorf. Weiter weise auch darauf hin, dass Gemeinderäte auch Landräte sein können. Bei uns in Allschwil war das zum Beispiel Dr. Leo Zehnder oder Bea Fuchs. Ebenso war der ehemalige Gemeindeverwalter Max Kamber viele Jahre im Landrat. Das einfach für diejenigen, die das nicht wussten, oder zu der Zeit noch nicht hier im Rat waren. Weiter, auch das zur Erklärung: Wir haben hier im Kreis Binningen-Allschwil drei Friedensrichter: Beat Meyer, CVP, Miriam Bubendorf aus Schönenbuch, FDP, und neu unser Jean-Jacques Winter, SP. Er ist am 11. März im Landrat, also auf kantonaler Ebene angelockt worden und hat zu diesem Datum die Nachfolge von Walter Kesselring angetreten. Ich zitiere weiter aus dem Gesetz betreffend Zivilprozessordnung: "Aufgabe der Friedensrichterinnen und Friedensrichter ist es, auf eine gütliche Verständigung der Parteien hinzuwirken." Das ist doch schön, oder? "In Fällen, in denen der Aussöhnungsversuch misslungen ist und der streitige Betrag CHF 500 nicht übersteigt, entscheiden die Friedensrichterinnen und Friedensrichter endgültig." Um das geht es. Es bleibt darum weiterhin die Frage im Raum, warum dieses Postulat überhaupt eingereicht wurde. Warum musste es sofort auf die Traktandenliste und warum - ich entschuldige mich noch einmal dafür, aber es ist so - haben ausgerechnet zwei Juristen sich nicht mit den Kollegen des Kantons kurzgeschlossen? Welche Motivation steht da effektiv dahinter? Ich muss Euch nicht mehr bitten, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, dem § 9 Absatz 1. des Gemeindegesetzes zu folgen, weil es abschliessend und schon erwähnt ist. Was ich aber beliebt machen möchte ist, dass solche Vorstösse und andere, die wir heute hörten, in den Fraktionen besprochen werden, so dass wir die nötigen Abklärungen vorher treffen und so unnötige Doppelspurigkeiten und sogenannte entbehrliche Überregulierungen vermeiden können. Besten Dank.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Jürg Gass

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion: Liebe Ratskolleginnen und Kollegen. Ganz kurz etwas zu der ganzen Geschichte. Man hat erwähnt, dass auch der Präsident der Reglementscommission, sprich ich, das Geschäft übernehmen würde. Selbstverständlich, wenn jemand einen Vorstoss macht, und ich bin nicht Jurist, ich habe das gelesen und muss sagen, es könnte ja so sein, dann muss ich es abklären. Hätte man es überwiesen, wäre es einfacher gewesen, es der Reglementscommission zur Diskussion zu übergeben. Es wäre wohl billiger gewesen, es mit sieben, anstatt mit vierzig zu diskutieren. Eine kleine Bitte an künftige Vorstösse: Es ist jetzt unglücklich gelaufen und das Fingerspitzengefühl fehlte etwas. Wenn man schon weiss, dass man etwas zurückzieht, macht man das doch, wenn der Antrag kommt. Das Kaspar-Spiel, da muss ich Josua Studer unterstützen, etwas zu diskutieren, was zurückgezogen wurde, ist blödsinnig. Sie haben es nachher abgeklärt, es geht nicht. Wenn es gegangen wäre, hätten wir es übernommen. Wenn es wirklich ein Problem gewesen wäre, das konnte ich nicht abschätzen, dann hätten dies Juristen sofort tun müssen, Jean-Jacques Winter wurde angelobt, man hätte es wirklich dringlich machen müssen. Wenn es normal zur Sprache kommt, wäre es August geworden. Trotzdem noch einmal eine Bitte an alle. Wenn so etwas ist, hören wir doch auf mit der Diskussion. Ich stelle den Antrag sofort abzubrechen und nicht mehr zu diskutieren. Sagt es künftig am Anfang und nicht am Schluss einer Sitzung, wenn ihr zurückziehen wollt. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Wir haben den Antrag auf Abbruch der Diskussion von Herrn Jürg Gass. Wir stimmen darüber ab.

://:

Dem Antrag Jürg Gass wird mit 17 Ja, 15 Nein und 3 Enthaltungen zugestimmt. Damit ist die Diskussion beendet.

Armin Bieri, Präsident: Wir beenden die Rednerliste.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Herr Kurt Kneier

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte am Schluss eine persönliche Erklärung abgeben, nicht zu diesem Geschäft. Danke.

Kathrin Gürtler, 1. Vizepräsidentin: Frau Mathilde Oppliger

Mathilde Oppliger, CVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich würde gerne, wie Kurt Kneier, eine persönliche Erklärung abgeben. Ich bin eine der ältesten des Rates. Ich finde, in letzter Zeit läuft es hier nicht mehr so, wie es sollte. Seit letzten September verlieren wir fast an jeder Einwohnerratssitzung Zeit mit persönlichen Auseinandersetzungen. Die nicht involvierten Ratsmitglieder müssen die leidigen Diskussionen mitanhören, ob sie wollen oder nicht. Wir alle sind vom Volk gewählt, um an politischen Lösungen zu arbeiten. Man sollte von uns erwarten können, dass wir mit Fairness mit den andern Ratsmitglieder umgehen und die Geschäfte mit Sachverstand und Effizienz behandeln. Darum möchte ich als langjähriges Mitglied des Rates darum bitten, dass man künftig Querelen ausserhalb der Ratstätigkeit austrägt, so, dass wir uns hier wieder auf das Kerngeschäft konzentrieren können. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Die Rednerliste ist fertig. – Herr Jean-Jacques Winter

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Ich mach es ganz langsam. Geschätzte Damen, geschätzte Herren, Herr Präsident. Als ich den Umschlag öffnete, war ich gerade bei Beat Meyer, seines Zeichens Friedensrichter. Ich zeigte ihm das Papier kurz. Seine Frage war: "Ist das auf die Person gezielt? Was hast du gesagt?"

Gestern hatte ich eine Sitzung mit dem Schulrat und der Lehrerschaft. Ich hatte am Rand der Sitzung die Gelegenheit, mit dem Parteipräsidenten der SVP ein Gespräch zu führen, von Präsident zu Präsident. Ich merkte im Verlaufe des Gesprächs - und ich war zum ersten Mal erstaunt -, dass wir ein Gespräch von Generation zu Generation hatten. Ich realisierte gestern, dass solange Kurt und ich hier versuchen Allschwil zu würzen, solange krabbelt Cedric Roos auf dieser Welt. Mit andern Worten: Cedric Roos mal zwei als Zwilling, der auf unsere Erfahrung geht und du miteinander, in Körpergrösse. Nur denke ich, ganz persönlich, er dürfte noch etwas zulegen, wenn man uns zwei anschaut. Ich habe dann gestern im Gespräch auch gemerkt, was die Motivationen sind. Es wurde mir gesagt, Walter Kesselring und Beat Meyer seien auch zurückgetreten, als sie Friedensrichter wurden. Die Geschichte des Einwohnerrats kann man bei Kurt und bei mir abholen. Walter Kesselring trat vor zehn Jahren aus dem Einwohnerrat aus. Und vor viereinhalb Jahren habe ich ihn vor dem Konsum gefragt: „Ich hätte eine kleine Aufgabe für dich, machst du mit“? Übrigens, unsere Akquirierungen tätigen wir vor dem Konsum. Beat Meyer trat vor sechs Jahren zurück und wurde vor vier Jahren Friedensrichter. Ich weiss nicht, wo Ihr Eure Leute akquiriert, vielleicht vor der Migros. Es sind also beide nicht von hier weg in einen andern Job hineingesprungen. Was Susanne Amrein betrifft, so hat sie eine ganz andere Aufgabe übernommen. Wir haben zusammen einen Kurs belegt. Ich habe bemerkt, dass sie stundenmässig noch abkömmlicher sein muss für diese Aufgabe.

Etwas hat mich gestern im Gespräch auch noch erstaunt. Ich sagte: „Du kannst sicher sein, ich habe die Sache vorher abgeklärt“. Wenn mir dann jemand sagt - Cedric – „ich wusste nicht wo“, dann kann ich nicht sagen, „komm mit den Fragen zu mir“. Ich hoffe, dass Ihr, bevor es so Wellen schlägt und so viel Papier missbraucht wird, euch überlegt, was Ihr wollt und was das Ziel ist. Soweit zu dem.

Aber ich möchte noch etwas zum Rücktritt sagen, das scheint hier ja spannend zu sein. Ich gehe davon aus, dass alle, die hier einmal angefangen haben, sich überlegt haben, wie lange sie hier dabei sein wollen. Wie lange macht mir das Freude? Wie lange habe ich die Energie? Wie lange ist meine Kraft, bleiben zu können? Wie gross ist meine Frustrationstoleranz? Wie geht es meiner Familie daneben? Welches Bild habe ich von mir oder welches Bild haben die andern von mir? Da bin ich heute Nachmittag fündig geworden. Es gibt Leute hier drin, die sagen zu mir: Methusalem. Ich überlegte mir, was es mit dieser Figur auf sich hat. Ich dachte: Ruhiger weiser Blick, graue Haare, ein Bart, wallende Kleidung. Ich stellte mich vor den Spiegel. Ich sage nicht, was ich gesehen habe, lieber nicht. Das ist die eine Variante. Dann bin ich also ein Urvater. Ich habe es nachgeschlagen heute Nachmittag. Er soll 969 Jahre alt werden. Bitte erspart mir das. Silberrücken habe ich auch schon gehört. Vor dem Spiegel hatte ich Mühe, den silbernen Rücken zu sehen, aber ich kenne Herrn Jürg Hess und sprach mit ihm. Er meinte: „Das ist eine Persönlichkeit, die in der Ecke sitzt und mit einem Handschlag die jungen Männer zur Vernunft bringt, mit einem Fingerzeig die jungen Spinner zur Ordnung mahnt und mit einem Handzeichen die Weibchen in die Stellung bringen kann“. Ich habe es am Mittagstisch ausprobiert. Was passiert ist, sage ich Euch lieber nicht. Es war keine Freude für mich. Dann habe ich kürzlich in einer Allschwiler Zeitung gelesen: Der alte Fuchs. Ich merke, die mir gegebenen Attribute werden immer kleiner. Aber ich lese gerne und kenne so die Fabeln gut. Der Fuchs. Affengeil. Der ist schlau, anpassungsfähig, raffiniert, still, findet immer den Weg. Er braucht keine Maske, keine mit Mehl bestäubten Pfoten und auch nichts anderes. Kein Rotkäppchen hat Angst vor ihm. Und alt, meine Damen und Herren, ist etwas ganz tolles. Der Rat der Alten. Der Rat der Weisen. Wenn ich an die Zeit vor dem AWB denke, dann gab es bei allen Völkern den Rat der Weisen. Kurt, das wäre wahrscheinlich unsere Aufgabe hier: Den andern sagen, wie es laufen könnte. Aber ich kann Euch ganz genau sagen, wann ich zurücktrete. Wenn ich im Wochenblatt jemals lese: Il l'a dit notre petite souris grise. Das wäre der Moment zu überlegen, ob ich gehe. Oder für das Protokoll ganz einfach gesagt: Das sagte unsere graue Maus. Soweit hinunter gehe ich nicht. Danke.

Armin Bieri, Präsident: Die Diskussion ist geschlossen. Wir kommen noch zur persönlichen Erklärung von Kurt Kneier.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Geschätzte Damen und Herren. Ich bin über die heutige Sitzung enttäuscht. Am Anfang einer Sitzung bereinigt man die Traktandenliste. Ich bin in meinen Gedanken, den ich am Anfang der Sitzung hatte, nämlich dass es heute Abend wieder einen Schlagabtausch gibt, bestärkt. Tatsächlich hat dies stattgefunden. Meine Damen und Herren, wir müssen etwas gegen die Kräfte unternehmen, dass hier gewisse Leute nur noch gegeneinander arbeiten. An der letzten Sitzung konnte ich nicht teilnehmen, las aber das Protokoll sehr intensiv. Sie haben an der letzten Sitzung 25 Minuten lang genau gleich diskutiert, wie jetzt wieder. Die beiden Namen, die ich erwähne, sollen dies nicht persönlich nehmen, ich verurteile keinen persönlich. Aber es ging um Herrn Cedric Roos gegen Herrn Josua Studer und um den Sitz für die Umweltschutzkommission. 25 Minuten lang hat man über irgendeine Streitigkeit diskutiert. Heute Abend ging es erneut um die Streitigkeiten zwischen Herrn Josua Studer und Herrn Cedric Roos. Herr Cedric Roos, er kann sich anschliessend rechtfertigen oder nicht, wusste heute Abend um 18.00 Uhr, dass er sein Geschäft zurückziehen wird. Herr Cedric Roos hätte das

bei der Bereinigung der Traktandenliste machen können. Ich bitte den Rat, dass wir künftig solche Diskussionen nicht führen, sondern, wie Herr Jürg Gass dies sagte, abbrechen.

Armin Bieri, Präsident: Zum Schluss kommen wir zum Infofenster des Gemeinderates. Gemeinderat Pfaff hat eine Information.

Gemeinderat Thomas Pfaff, Vorsteher Departement Einwohnerdienste - Sicherheit: Herr Präsident, verehrte Damen und Herren Einwohnerräte. An der letzten Einwohnerratssitzung habe ich anlässlich der Fragestunde darüber berichtet, dass auch der Gemeinderat gegen die angekündigten Einschränkungen der Gemeindetageskarten für das schweizerische ÖV-Netz protestiert. Unser Schreiben ging an den Verband des öffentlichen Verkehrs einerseits, und an die SBB als grösster Anbieter andererseits. Von der SBB liegt eine Antwort vor. Im Schreiben vom 17. März teilt die SBB mit, dass die Thematik zwischen der SBB und dem Schweizerischen Gemeindeverband noch einmal an einer Sitzung besprochen wird. Gleichzeitig legt die SBB auf die Feststellung Wert, dass trotz der Einschränkung der Gültigkeit (Tageskarte erst ab 09.00 Uhr gültig) die Gemeindetageskarte preislich sehr attraktiv sei. Die SBB führt aus, dass die Tageskarte, welche am Schalter bezogen wird, auch erst ab 09.00 Uhr gültig ist. Dort kostet sie CHF 57 und es braucht erst noch ein Halbtax-Abonnement. Der Gemeinderat hofft, dass die Proteste zahlreicher Gemeinden doch noch Wirkung zeigen werden. Im Hinblick auf das Budget 2011 müssen wir uns auf den heutigen Wissenstand abstützen. Aus dem Grund werden wir in den nächsten Wochen eine Umfrage unter der Tageskartenkundschaft durchführen, die den künftigen Bedarf an Tageskarten eruiert, wenn diese Montag bis Freitag erst ab 09.00 Uhr gültig wären und entsprechend budgetieren.

Armin Bieri, Präsident: Das waren die Mitteilungen des Gemeinderats. Damit erkläre ich die heutige Sitzung für geschlossen. Danke.

ENDE DER SITZUNG